

CHRISTOPHER STREET DAY HALLE (SAALE) 2025: AUF DIE BARRIKADEN, MEINE*R! • RÜCKBLICK AUF UNSEREN CSD • FORDERUNGSKATALOG ZUM CSD HALLE (SAALE) 2025 • QUEER IN EINER HETERONORMATIVEN GESELLSCHAFT: ZWISCHEN ZEILEN UND ZÄUNEN • DROHENDE VERSORGUNGSLÜCKEN IN DER HIV-BEHANDLUNG • LÄNGST ÜBERFÄLLIG: AUFARBEITUNG DER AIDS-KRISE



DIE AIDS-HILFE HALLE IST:



Martin Thiele Geschäftsführung, Referat Primärprävention MSM



Denis Leutloff Stellv. Geschäftsführung, Referat Sekundär-, Tertiärprävention & Beratung



Anna Müller Referat Primärprävention Allgemeinbevölkerung, Referat Primärprävention Frauen



Carolin Lorek
Referat Primärprävention
Jugendliche, Sexuelle
Bildung

BERATUNG

Beratungsstelle Halle

Öffnungszeiten:

Information - Beratung - Betreuung Leipziger Straße 32 06108 Halle (Saale)

Mo.: 10-13 Uhr, 14-16 Uhr
Di., Do.: 14-19 Uhr
Und nach Vereinbarung

Universitätsklinikum Halle

Ernst-Grube-Straße 40 06120 Halle (Saale)

Dermatologie: Frau Dr. Lange Telefon: 0345 - 5573976

Sprechzeiten: Di.: 14-16 Uhr

Beratungstelefon Halle:

0345 - 19411 (Ortstarif)

Sprechzeiten:

Mo.: 10-13 Uhr, 14-16 Uhr Di., Do.: 14-19 Uhr

Bundesweites Beratungstelefon: 0180 - 3319411

(max. 9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den dt. Mobilfunknetzen)

Sprechzeiten: Mo.-Fr.: 9-21 Uhr Sa., So.: 12-14 Uhr

Onlineberatung der AIDS-Hilfen: www.aidshilfe-beratung.de

SELBSTHILFE

Life + Mitteldeutschland

AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V. Leipziger Straße 32 06108 Halle (Saale)

E-Mail: mitteldeutschland-lebt-posithiv.de

LINKS

aidshilfe.de angehoerige.org
lwwit.de positiv-ev.de
hetero.aidshilfe.de positHIV.info
jungundpositiv.de jes-bundesverband.de
hiv-diskriminierung.de

hiv-migration.de/netzwerke/afrolebenplus

KONTAKT & SPENDEN

AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd e.V.

Leipziger Straße 32 06108 Halle (Saale) halle.aidshilfe.de

Spendenkonto

Bank: Saalesparkasse

IBAN: DE14800537620385311531

BIC: NOLADE21HAL

EDITORIAL

Liebe Leser_innen des red.-Magazins, liebe Freund_innen der AIDS-Hilfe Halle,

in der vorliegenden 41. Ausgabe unseres "red."-Magazins blicken wir nicht nur zurück, sondern auch nach vorn. Der diesjährige CSD in Halle (Saale) war für uns als regionaler AIDS-Hilfe erneut ein besonderer Moment: Wir waren nicht nur mittendrin, sondern auch maßgeblich an der Organisation beteiligt. Gemeinsam mit dem Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland haben wir wieder eine Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmenden durch die hallesche Innenstadt geführt. Gemeinsam mit vielen Engagierten haben wir gezeigt, was Sichtbarkeit, Solidarität und politische Entschlossenheit gueerer L(i)ebensweisen bedeuten können. Der Rückblick auf den CSD ist deshalb mehr als eine Dokumentation eines aufregenden wie anstrengenden Tages – er ist ein Ausdruck gelebter Vielfalt und kollektiver Stärke unserer Community.

Zugleich war der CSD auch ein Ort klarer politischer Botschaften. Unser Forderungskatalog, den wir in dieser Ausgabe vorstellen, macht deutlich: Queeres Leben ist noch immer mit Unsicherheiten, Diskriminierung und strukturellen Hürden konfrontiert – auch im Jahr 2025. Wir fordern daher politische Maßnahmen, die diese Realitäten ernst nehmen und konkret verbessern können, wenn denn der politische Wille dafür da ist. Ein besonderes Highlight der Ausgabe ist der Abdruck des Redebeitrages von Liam. Liams Text gibt nicht nur einen Ein-

blick in individuelle Erfahrungen, sondern wirft auch ein Licht auf die gesellschaftliche Realität, in der (queeres) Leben heute stattfindet – zwischen Alltag, Widerstand und Selbstbehauptung. Eine eindrucksvolle Rede, die berührt und dabei zeigt, wie viel Kraft in persönlichen Geschichten und mutigen Worten liegt.

Daneben widmen wir uns zwei weiteren Themen aus dem HIV-Bereich, die uns besonders unter den Nägeln brennen: den drohenden Versorgungslücken in der medizinischen Betreuung von Menschen mit HIV – ein alarmierendes Zeichen für politische Versäumnisse, dem wir entschlossen entgegentreten müssen – und der überfälligen historischen Aufarbeitung der AIDS-Krise. Denn wer die Geschichte vergisst, übersieht oft die Kämpfe, auf denen unsere heutigen Erfolge gründen.

Wir laden Sie ein, in dieser Ausgabe zu stöbern, sich zu informieren, zu reflektieren und vielleicht auch Wut oder Hoffnung zu verspüren. Beides kann Antrieb sein. Für eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Viel Freude beim Lesen – und danke für Ihr Interesse und Ihre Solidarität!

Martin Thiele, Geschäftsführer

INHALT

AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd	2
Editorial/Inhalt	3
Rückblick CSD Halle (Saale) 2025	4-6
Forderungen zum CSD Halle (Saale) 2025	58-11
Auf die Barrikaden, Meine*r!	.12-13

Zwischen Zeilen und Zäunen	. 14-1
Versorgungslücken in der	
HIV-Behandlung	16-19
Aufarbeitung der AIDS-Krise	.20-2
mpressum	23



Am Samstag, dem 13. September, sind wir gemeinsam mit über 3.000 Menschen laut, sichtbar, vor allem aber kämpferisch und solidarisch durch die Hallesche Innenstadt gezogen.

Unsere CSD-Demonstration 2025 war wieder ein kraftvolles Zeichen für Rechtsgleichheit, Anerkennung und Sichtbarkeit queerer L(i)ebensweisen.

Wir kämpfen weiter für eine vielfältige, offene Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein, lieben und leben können.

Ein riesiges DANKE an alle, die dabei waren und diesen Tag unvergesslich gemacht haben.

Kein Platz für Nazischeiße. Punkt.

Auch dieses Jahr haben Nazis versucht, unsere Demo zu stören. Doch Halle hat Haltung gezeigt: Hunderte Antifaschist_innen haben unseren CSD verteidigt - laut, entschlossen und solidarisch.

Ein besonderer Dank geht an das Bündnis Halle gegen Rechts für die enge Zusammenarbeit die Bässe und den Herzschlag der Demo.

te tut es gut, euch stets an unserer Seite zu

Teamwork makes the Pride work!

Ein riesiges Danke an das Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland. Ohne euch hätte diese Demo nicht das werden können, was sie war. Danke für eure Power, eure Energie und die so wertvolle Zusammenarbeit!

Erstmalig mit einem gemeinsamen Wagen unter dem Motto: "In Vielfalt vereint - für Halle" mit dabei: die Stadtverbände von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Danke für eure klare Haltung und Präsenz. Wir hoffen, dass wir auch im Stadtrat und Landtag weiter auf eure politische Unterstützung zählen können – queerpolitisch gibt's da nämlich noch

Diese Demo hat nicht nur gekämpft - sie hat auch gerockt!

Ein fettes DANKE an unsere DJanes Aura Hustling, Ocean und Paustelle für die Beats,

einzigartige, die anbetungswürdige, die opulente Luxuria Rosenburg! Mit deinem Glanz, deinem Witz und deiner Haltung hast du uns wieder durch den Tag getragen. We love you!

Danke auch an alle Redebeiträge von: BBZ lebensart, CSD Merseburg, Fridays for Future Halle (Saale), Max, Liam und Martin. Ihr habt Haltung gezeigt und klare Worte gefunden, um daran zu erinnern, warum ein CSD mehr ist als nur Party.

Behind the scenes. Und trotzdem unverzichtbar.

Ob Ordner innen, Techniker innen oder Fahrer innen - ohne euch keine Demo! Ihr habt aufgebaut, abgesichert, koordiniert, durchgezogen. Tausend Dank für jede einzelne helfende Hand im Hintergrund!

Und: So eine Demo kostet. Richtig. Viel. Geld. Ohne die finanzielle Unterstützung von Lotto Sachsen-Anhalt, der Amadeu Antonio Stiftung und IWWIT wäre das in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Danke für eure Förderung und das Vertrauen in unsere Arbeit.

Und dich haben wir natürlich nicht vergessen.

Ja, genau DICH! Ob queer oder ally, auch du warst ein unverzichtbarer Teil dieser Demo. Du warst laut. Du warst sichtbar. Du warst solidarisch. Und du hast gezeigt: Halle hat Queer Power.

DANKE, DANKE, DANKE!

Save the Date!

Die nächste CSD-Demo in Halle ist bereits angemeldet: Samstag, 12. September 2026. Wir sehen uns auf der Straße!

Also: Markiert euch das Datum, erzählt es weiter. Und bleibt bis dahin: laut, sichtbar, kämpferisch und solidarisch!















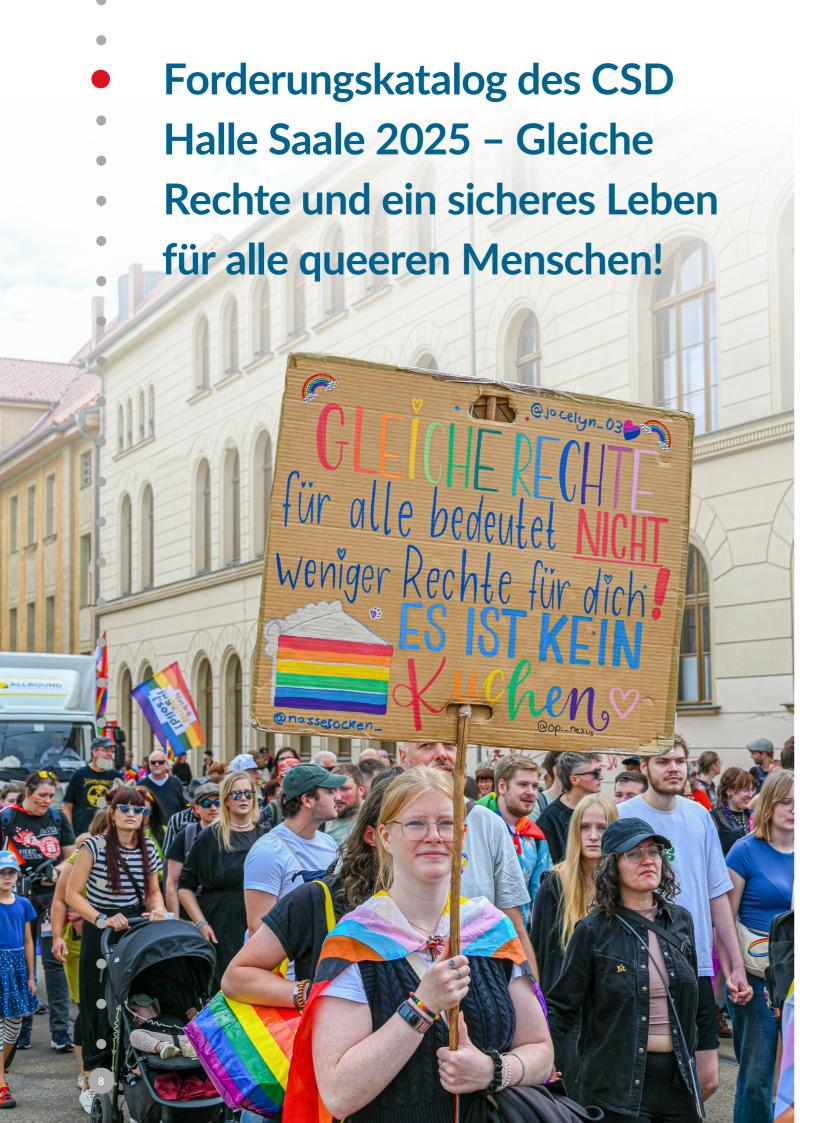












Der Christopher Street Day Halle (Saale) setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der queere Menschen frei, sicher und ohne Diskriminierung leben können. Noch immer sind LSBTIQ*-Personen Gewalt, Hass und rechtlicher Benachteiligung ausgesetzt, sowohl in Deutschland als auch weltweit. Wir fordern die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Orientierung, um queere Menschen explizit vor Diskriminierung zu schützen. Gleichzeitig erwarten wir von Deutschland, dass es sich auf europäischer und internationaler Ebene für LSB-TIQ*-Rechte stark macht. Gewalt gegen queere Menschen darf nicht geduldet werden, und es muss sichergestellt werden, dass Opfer von Übergriffen ohne Angst vor Repressionen oder weiterer Diskriminierung staatlichen Schutz und Gerechtigkeit erfahren. Unser Kampf für Gleichberechtigung ist nicht verhandelbar – er ist eine demokratische Pflicht.

Vielfalt braucht Taten, nicht nur Worte! Es reicht nicht, Akzeptanz zu fordern. Wir brauchen konkrete politische Maßnahmen. Der CSD Halle Saale ruft Politik, Verwaltung und Gesellschaft dazu auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und queerfeindliche Strukturen zu überwinden.



Durch Sensibilisierung Hassverbrechen benennen, erfassen und konsequent verfolgen!

Queere Menschen sind überproportional häufig von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffen. Dennoch werden queerfeindliche Straftaten oft nicht als Hassverbrechen erfasst oder von Polizei und Justiz nicht ernst genug genommen. Wir fordern die klare Anerkennung von Gewalt gegen queere Menschen als Hasskriminalität. Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität müssen in polizeilichen Statistiken gesondert erfasst und mit besonderem Nachdruck verfolgt werden. Um dies zu erreichen, fordern wir verpflichtende, queersensible Schulungen für alle Beamt*innen in Strafverfolgung und Justiz. Darüber hinaus sollen weitere hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ-Themen in den Polizeibehörden eingerichtet werden. Der Ausbau unabhängiger, niedrigschwelliger Anlaufstellen für Opfer queerfeindlicher Gewalt stellt einen weiteren wichtigen Baustein dar, um Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten.



2. Rechtliche Gleichstellung: Familie ist vielfältig – wir fordern gleiche Rechte für alle!

Das deutsche Familienrecht ist noch immer heteronormativ geprägt und diskriminiert gueere Familienkonstellationen. Neben den klassischen Regenbogenfamilien müssen auch alternative Lebensgemeinschaften und Familienmodelle wie Mehr-Eltern-Familien, Patchwork-Familien, polyamore Beziehungsmodelle sowie Alleinerziehende uneingeschränkt anerkannt werden. Wir fordern eine umfassende Reform des Abstammungsrechts, sodass Elternschaft von Geburt an für alle gleich anerkannt wird - unabhängig davon, ob das Kind in einer heterosexuellen, gleichgeschlechtlichen Familie einer anderen Verantwortungsgemeinschaft geboren wird. Darüber hinaus muss die rechtliche Anerkennung vielfältiger Familienmodelle erfolgen: Mehr-Eltern-Familien, bei denen mehr als zwei Personen als Eltern gelten, sowie andere alternative Modelle müssen in das bestehende Rechtssystem integriert werden. Schließlich gilt es, die rechtliche Privilegierung der Ehe abzuschaffen und eine vollumfängliche Gleichstellung aller Lebenspartner*innenschaften - ob als Ehe, eingetragene Partner*innenschaft oder alternative Konstellation - zu gewährleisten.



3. Gesundheitsversorgung: Das Gesundheits- und Pflegewesen muss queersensibel sein!

Queere Menschen erleben im Gesundheits- und Pflegewesen häufig Diskriminierung, Unverständnis und mangelhafte medizinische Versorgung. Besonders trans*, inter* und nicht-binäre Personen stoßen auf bürokratische Hürden und pathologisierende Diagnosen, die ihnen den Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung erschweren. Wir fordern daher, dass alle Ärzt*innen. Pflegekräfte und Therapeut*innen verbindlich zu queersensibler Versorgung und geschlechtergerechter Forschung fortgebildet werden. Es muss sichergestellt werden, dass trans* Personen ohne langwierige bürokratische Verfahren Zugang zu Hormonersatztherapien erhalten. Zudem fordern wir ein Ende unnötiger geschlechtsverändernder Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern – medizinische Maßnahmen dürfen nur mit der informierten Zustimmung der betroffenen Person erfolgen. Weiterhin soll Diskriminierung von Menschen mit HIV im Gesundheitswesen konsequent bekämpft und Aufklärungskampagnen ausgebaut werden, um Stigmatisierung abzubauen und eine inklusive medizinische Betreuung zu ermöglichen.



4. Kinder, Jugend und Bildung: Queere Kinder und Jugendliche brauchen Schutz und Sichtbarkeit!

Kinder und Jugendliche müssen in einer Umgebung aufwachsen, die Vielfalt anerkennt und schützt. Queere junge Menschen erfahren oft Diskriminierung in Schulen, Jugendzentren und Ausbildungseinrichtungen, was ihre Entwicklung und ihr Selbstwertgefühl erheblich beeinträchtigt. Wir fordern deshalb, dass gueere Themen verbindlich in die Lehrpläne von Schulen sowie in Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte, soziale Berufe und medizinisches Fachpersonal integriert werden. Zudem muss die Förderung queerer Jugendangebote verstärkt werden: Es bedarf eines gut ausgestatteten, niederschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangebots, das gezielt auf die Bedürfnisse gueerer Kinder und Jugendlicher eingeht. Eine Anpassung der Jugendhilfeplanung nach § 8 Punkt 3 SGB VIII, die queere Kinder und Jugendliche in der Angebotsgestaltung anerkennt, ist hierbei essenziell.



heim. Die gesetzliche Pflegeversicherung reicht da bei weitem nicht aus. Sorgen Sie deshalb vor, um sich später die beste Pflege leisten zu können und Ihre Angehörigen finanziell zu entlasten.

Unsere Pflegezusatzversicherung PA schnitt bei Stiftung Warentest am besten ab. Versichern Sie sich beim Testsieger! Ich informiere Sie gern.



Generalvertreter Ronald Meinhard

Geiststr. 56 · 06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 17174747 • Fax 040 41199675341

oil 0177 3198517

E-Mail ronald.meinhardt@hansemerkur.de
Internet www.hansemerkur.de/web/ronald.meinhardt



5. Queere Sichtbarkeit und Verantwortung in Halle: Die Stadt muss Vielfalt aktiv fördern!

Halle darf nicht nur am CSD ein Ort der Vielfalt sein, queeres Leben muss das ganze Jahr über sichtbar, geschützt und gefördert werden. Wir fordern, dass der bis Ende 2026 laufende Aktionsplan zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt fortgeschrieben und auskömmlich finanziell untersetzt wird, um nachhaltige Maßnahmen zu gewährleisten. Auch das kommunale Verwaltungshandeln muss queersensibel sein. Dafür bedarf es insbesondere verpflichtender Weiterbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung aller Verwaltungsmitarbeitenden. Die Förderung queerer Kultur, Kunst und Community- Projekte sowie ein klares politisches Bekenntnis gegen queerfeindliche Hetze sind ebenso zentrale Bestandteile, um eine offene und inklusive Stadtgesellschaft zu etablieren.





6. Emanzipation: Komplettverbot von Konversionsbehandlungen – Kein Weg zurück in die Vergangenheit!

Konversionsbehandlungen stellen eine eklatante Verletzung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit dar. Diese Praktiken zielen darauf ab, die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität von Menschen zu verändern und verursachen dabei oft langfristige psychische und physische Schäden. Wir fordern ein generelles, staatlich durchgesetztes Komplettverbot jeglicher Konversionsmaßnahmen – unabhängig davon, ob es sich um therapeutische, medizinische oder religiöse Interventionen handelt. Derartige Praktiken dürfen weder staatlich unterstützt noch privat finanziert werden. Institutionen und Personen, die Konversionsbehandlungen anbieten, müssen konsequent sanktioniert werden, um besonders schutzbedürftige Gruppen, wirksam vor diesen schädlichen Eingriffen zu schützen.

Text: CSD Halle (Saale) Fotos: Ralf Lorenz Hufmüller, Robert Wendtlandt





Gartenweg 15b O6179 Teutschenthal OT Zscherben

① O345 / 6 9O 29 56 www.hausaerzte-in-zscherben.de

Thomas DörrerFacharzt für
Allgemeinmedizin

SPRECHZEITEN:

Montag

Yasmina Dridi Fachärztin für Allgemeinmedizin & Gynäkologie

8 - 12 Uhr & 15 - 18 Uhr

. . .

Dienstag 8 – 12 Uhr & 15 – 18 Uhr Mittwoch 8 – 12 Uhr

Donnerstag 8 - 12 Uhr & 15 - 18 Uhr Freitag 8 - 11 Uhr

Eröffnungsbeitrag zur CSD-Demonstration 2025

Queeres Leben ist hierzulande wieder massiv gefährdet. Seit Jahren erleben wir ein scheinbar unaufhaltsames Erstarken rechtsradikaler Kräfte in Politik und Gesellschaft. Die damit verbundene Normalisierung queerfeindlicher Narrative, die auch konservative Kräfte nur allzu gern in ihr politisches Repertoire übernehmen, sorgt dafür, dass die gesellschaftliche Atmosphäre für queere Menschen zunehmend ungemütlicher und rauer wird.

Die Folgen sind für alle queeren Menschen, doch vor allem für jene spürbar, die sich sichtbar der heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm entziehen. Dass es sich hierbei nicht nur um eine gefühlte Bedrohungssituation handelt, sondern um eine akute Gefährdungslage queeren Lebens, zeigt der Blick in aktuelle Kriminalstatistiken. Politisch motivierte Hass- und Gewaltverbrechen aufgrund abweichender sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Diversität nehmen seit Jahren erheblich zu. Offen und selbstbewusst queer zu leben stellt daher mancherorts wieder eine Gefahr für Leib und Leben dar.

Erfahrbar ist die Bedrohungssituation durch rechte Mobilisierung und queerfeindliche Stimmungsmache auch heute hier in Halle. Während wir hier auf dem Halleschen Marktplatz stehen, um queeres Leben zu feiern und queerpolitische Anliegen auf die Straßen zu tragen, versammeln sich zahlreiche Neonazis, um dies zu verhindern und uns anzugreifen. Ohne das Engagement von Halle gegen Rechts und der zahlreichen Antifaschist_innen am Hauptbahnhof, am Hallmarkt und anderen Orten in der Stadt könnten wir jetzt hier nicht so friedlich zusammenkommen.

Dabei haben wir es mit einer Gewalt zu tun, die sich auf struktureller Ebene fortsetzt.

Noch immer werden Beratungs- und Begegnungsstätten für queere Menschen sowie queere Bildungsangebote nicht ausreichend finanziert, um der queerfeindlichen Radikalisierungs- und Gewaltspirale etwas entgegenzusetzen.

Im Gegenteil, vor dem Hintergrund neoliberaler Sparpolitik werden queerpolitische Anliegen und öffentliche Finanzierung queerer Vereine allzu rasch zur politischen Verhandlungsmasse und unsere Verbündeten immer weniger.

Grund genug für uns, auch in diesem Jahr wieder ein kämpferisches Motto für unseren Christopher Street Day zu wählen.

Mit unserem diesjährigen Motto "Auf die Barrikaden, Meine*r" wollen wir erneut deutlich machen, wie entscheidend es ist, dass sich Queers politisieren und für ihre Rechte, ihre Identitäten, ihre Leben und ihren Sex in die politische Auseinandersetzung zu begeben.

Damit wollen wir uns in die Tradition queerer Bewegungen stellen, die erkannt haben, dass queeres Leben nicht nur gefährdet, sondern auch gefährlich ist.

Heute treten wir in die Fußstapfen der Gay Liberation Front, die sich aus den New Yorker Stonewall-Aufständen herausgebildet und weltweit radikale queere Politiken inspiriert hat. Wir sind in Gedanken bei den US-amerikanischen Transgender Action Revolutionaries, die die Anliegen von trans Personen auch und gerade innerhalb der queeren Community sichtbar gemacht haben.

Wir knüpfen auch an die westdeutsche Schwulen- und Tuntenbewegung an, die gemeinsam mit den linken Studierendenprotesten der 1960er und 1970er Jahre gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Kleingeistigkeit angekämpft hat.

Wir stehen ebenso in der Tradition radikaler AIDS-politischer Bewegungen wie ACT UP und der Solidarität der Uneinsichtigen, die sich in den 1980er Jahren nicht nur gegen ein todbringendes Virus, sondern ebenso gegen eine Gesellschaft zur Wehr gesetzt haben, die ihrem massenhaften Sterben schulterzuckend zugesehen hat.

Fortsetzen werden wir heute auch den Kampf US-amerikanischer Politgruppen wie Queer Nation und die Lesbian Avengers, die ihre Wut über die queerfeindliche Gewalt der 1990er Jahre in militante Aktionen zivilgesellschaftlichen Ungehorsams verwandelt haben.

Im Sinne all dieser politischen Kämpfe unserer Vorgängergenerationen möchte ich euch heute dazu ermutigen, in die politische Offensive zu gehen.

Weicht keinen Meter zurück, verschwindet nicht wieder ins Private und lasst euch keinen einzigen unserer hart erkämpften politischen Erfolge der letzten Jahrzehnte wieder aus den Händen nehmen.

Tage wie der heutige sind wichtig, um für die anstehenden politischen Kämpfe Kraft zu tanken.

Denn unsere politischen Kämpfe entscheiden sich nicht heute, sondern an all den Tagen, die auf den heutigen folgen – an Wahlurnen, in Parlamenten, in Organisationen und auf der Straße.

Und: Kämpft dabei nicht nur für euch selbst.

Denn auch queere Bewegungen haben nie nur die eigenen Anliegen verfolgt, sondern sich stark gemacht für andere Gruppen an den Rändern der Gesellschaft.

Auch queere Bewegungen haben ihre Kämpfe nie allein gefochten, sondern ebenso stets Unterstützung von progressiven, feministischen, antirassistischen sowie antifaschistischen Kräften erhalten.

Denkt daran, dass auch wir heute hier nicht allein stehen.

Danken wir es denen, die gerade nicht weit von hier unseren CSD verteidigen, indem wir uns gemeinsam mit ihnen an allen anderen Tagen gegen den Rechtsruck stellen und für eine Gesellschaft kämpfen, in der man ohne Angst verschieden sein kann.

In diesem Sinne: Raus aus dem Privaten – auf die Straßen. Auf die Barrikaden!

Text: Martin Thiele



"ZWISCHEN ZEILEN UND ZÄUNEN"

ICH ERZÄHL EUCH 'NE GESCHICHTE,
NICHT AUS 'NEM BUCH —
SONDERN AUS DEN RITZEN DER REPUBLIK,
WO HOFFNUNG LEISE FLÜSTERT
UND WUT LAUT SCHREIT.

ES WAR EINMAL EIN KIND,
GEBOREN ZWISCHEN GRAUEN PLATTENBAUTEN
UND DEM VERSPRECHEN:
...HIER IST JEDER GLEICH."

DOCH ALS ES DEN MUND AUFMACHTE,
WAR DIE HAUTFARBE WICHTIGER ALS WORTE.
EIN JUNGE SAGT "GEH ZURÜCK IN DEIN LAND",
OBWOHL DAS LAND
UNTER SEINEN FÜßEN
SCHON IMMER SEIN ZUHAUSE WAR.

SEINE MUTTER WEINTE NACHTS,
FLÜSTERTE LEISE GEBETE
AN EINEN GOTT,
DEN DIE NACHBARN
NUR MIT KOPFTUCH SAHEN.
"INTEGRATION IST KEINE EINBAHNSTRAßE",
STAND AUF DEM WAHLPLAKAT.
DOCH DER WEG WAR LÄNGST BLOCKIERT—
MIT SCHLAGZEILEN,
MIKROAGGRESSIONEN
UND GLOTZENDEN BLICKEN IM SUPERMARKT.

EIN PAAR STRAßEN WEITER:
EIN MÄDCHEN,
MIT STARKEN GEDANKEN
UND EINEM "NEIN" AUF DEN LIPPEN.
DOCH SIE LERNTE FRÜH:
MÄNNERHÄNDE HÖREN NICHT 2U,
SIE GREIFEN.

IN DER SCHULE NANNTEN SIE SIE "ZICKIG",
IM BÜRO "ZU BOSSY",
IN DER POLITIK "EMOTIONAL".

DABEI WOLLTE SIE NUR
NICHT WEITER UNSICHTBAR SEIN
IN EINER WELT,
DIE FEMINISMUS FÜR ÜBERFLÜSSIG HÄLT,
SOLANGE DER CHEF NOCH LÄCHELT
UND DER VATER DAS LETZTE WORT HAT.

UND DA —

2WISCHEN DEN BEIDEN —

EIN MENSCH,

DER IN KEINEN KASTEN PASST.

NICHT MÄNNLICH, NICHT WEIBLICH,

EINFACH NUR... MENSCH.

DOCH AUF FORMULAREN IST DAFÜR KEIN FELD.

UND AUF TOILETTEN KEINE TÜR.

SIE WOLLTEN NUR LIEBEN,

ABER BEKAMEN HASSKOMMENTARE,

WEIL LIEBE HIER

IMMER NOCH

NACH BEDINGUNGEN RIECHT.

DEUTSCHLAND, DU ALTES MÄRCHEN —

DU ERZÄHLST VON FREIHEIT,

DOCH VERSCHLUCKST DIE,

DIE ANDERS KLINGEN.

DU SCHWÖRST AUF GLEICHHEIT,

DOCH DEINE GERECHTIGKEIT

TRÄGT OFT NUR EIN WEIßES, MÄNNLICHES LÄCHELN.

DU SAGST, WIR SOLLEN STOLZ SEIN,

DOCH WIE SOLL MAN STOLZ SEIN,

WENN DIE HÄLFTE DER GESELLSCHAFT

STÄNDIG DEN KOPF EINZIEHT?

ICH ERZÄHL EUCH KEINE HELDENSTORY. DENN HELD:INNEN DÜRFEN HIER OFT NUR ÜBERLEBEN, NICHT LEBEN.

ABER ICH ERZÄHL EUCH HOFFNUNG.

SIE SITZT IM KLASSENZIMMER,

TRÄGT KOPFTUCH, LIPPENSTIFT UND EINE GROßE KLAPPE.

SIE HÄLT HÄNDCHEN AUF DEM CSD

UND RUFT: "ICH BIN ECHT!"

SIE KÄMPFT,

NICHT WEIL SIE MUSS —

SONDERN WEIL SIE'S SATT HAT.

RASSISMUS IST KEIN UNFALL. SEXISMUS KEIN KAVALIERSDELIKT. UND QUEER SEIN KEIN TREND.

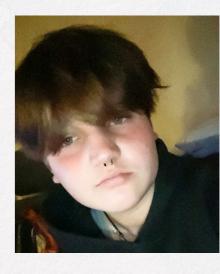
SONDERN REALITÄT.

UND DIESE REALITÄT IST LAUT —

WEIL SIE ES SEIN MUSS.

ALSO HÖR HIN, WENN SIE REDEN. ODER HALT DEN MUND, WENN DU NICHTS 24 SAGEN HAST. DENN WER SCHWEIGT, BAUT ZÄUNE. UND WIR BRAUCHEN ENDLICH. BRÜCKEN.

- LIAM



Zum Autor:
Ich bin Liam, 17 Jahre und komme aus
Niedersachsen. Ich hab angefangen
zu schreiben als ich aufhören wollte
zu schweigen um Dinge auszusprechen die sonst alle runterschlucken.



Jeder Mensch ist individuell, genau so sollte sein Abschied sein.

Wir beraten in allen Bestattungsarten, ob Erd-, Feuer-, See-, oder Naturbestattungen.

Tag und Nacht
O345 / 2261581

Fritz-Reuter-Straße 7 06114 Halle (Saale)

www.kroon-bestattungen.de info@kroon-bestattungen.de



Praxis für hormonelle Gesundheit und Stoffwechsel Dr. med. Frank Ackermann Dirk Haaser

Montag: 8:00 - 12:00 Uhr & 13:00 - 17:00 Uhr
Dienstag: 8:00 - 12:00 Uhr & 14:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch: 8:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 8:00 - 12:00 Uhr & 14:00 - 18:00 Uhr

Freitag: 8:00 - 12:00 Uhr

Jägergasse 1 06108 Halle (Saale)

Telefon: 0345 2909838 Telefax: 0345 2909837 E-Mail: halle@hormonpraxis.info

(

HIV-Medizin:

Drohende Versorgungslücke

Die HIV-Versorgung in Deutschland steht vor großen strukturellen Herausforderungen. Ein nun veröffentlichtes, über 300 Seiten starkes Gutachten zeigt: Die Zahl der Patient*innen wächst stetig, doch das Versorgungssystem stößt zunehmend an seine Grenzen – insbesondere, weil nicht genügend spezialisierte Ärzt*innen nachrücken.

Das Gutachten wurde vom IGES Institut in Kooperation mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland durchgeführt und von der Deutschen AIDS-Stiftung (DAS), der Deutschen AIDS-Gesellschaft (DAIG) und der dagnä (Deutsche Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Ärzt*innen in der HIV-Medizin) in Auftrag gegeben.

Es analysiert bundesweit die ambulante und stationäre HIV-Versorgung, die Entwicklung der PrEP-Vergabe, demografische Veränderungen sowie die regionale Verteilung der Angebote. Grundlage bilden Abrechnungsdaten der Jahre 2014 bis 2023 sowie die Ergebnisse einer Onlinebefragung unter Menschen mit HIV.

Immer mehr Patient*innen, zu wenig Fachpersonal

Die Zahl der ambulant versorgten HIV-Patient*innen stieg von 63.517 im Jahr 2014 auf 84.431 im Jahr 2023 – ein Plus von rund

11 10 -9 3-8 7 6 5

33 %. Parallel dazu nahm auch die Zahl der Patient*innen mit spezialisierter HIV-Schwerpunktversorgung von knapp 49.500 auf über 68.000 zu. Für das Jahr 2035 wird ein weiterer Anstieg um etwa 40 % prognostiziert. Besonders betroffen ist die Gruppe älterer Patient*innen mit komplexen Begleiterkrankungen.

Gleichzeitig stagniert die Zahl der HIV-Schwerpunktpraxen – viele Ärzt*innen stehen kurz vor dem Ruhestand. Berechnungen zufolge könnte sich die Versorgungslücke auf bis zu 130 fehlende HIV-Ärzt*innen im Jahr 2035 belaufen – das entspräche einem Defizit von etwa 26 %.

HIV-Versorgung hängt stark vom Wohnort ab

Das Gutachten macht eine deutliche Konzentration der Versorgung in urbanen Zentren aus. Die Folge: Viele Patient*innen müssen lange Anfahrtswege in Kauf nehmen – insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Begleiterkrankungen empfinden das als große Belastung. In einer im Rahmen des Gutachtens durchgeführten Onlinebefragung mit etwa 700 Teilnehmenden gaben rund 20 % der Menschen mit HIV an, Schwierigkeiten beim Zugang zu einer spezialisierten Praxis zu haben.



"Wir wissen, dass wir bisher viel erreicht haben, aber um diese Qualität zu sichern, brauchen wir belastbare Strategien für die Zukunft", sagt dagnä-Vorstandsmitglied Dr. Markus Bickel. Besonders betroffen sei die alternde HIV-Patient*innengruppe, für die komplexe medizinische Betreuung notwendig werde - etwa bei Stoffwechselerkrankungen, Depressionen oder Pflegebedürftigkeit.

Die Analyse zeigt außerdem: Die PrEP zur HIV-Prophylaxe wird bislang vor allem von Männern in Großstädten genutzt. Auch wenn sich die PrEP-Versorgung in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet hat, bleibt der Zugang regional sehr unterschiedlich. Menschen in strukturschwachen Regionen sowie Frauen, trans und nicht-binäre Personen sind deutlich unterrepräsentiert.

Herausforderungen im Krankenhausbereich

Auch im stationären Bereich zeigt sich ein uneinheitliches Bild. Zwar ist die Zahl der stationären HIV-Fälle rückläufig, zugleich steigt aber der Anteil älterer Patient*innen und von Patient*innen mit Begleiterkrankungen. Kliniken

mit infektiologischer Expertise sind ungleich verteilt, was zu Schwankungen in der Versorgungsqualität führt. In den meisten Fällen erfolgt eine stationäre Aufnahme nicht aufgrund von HIV, sondern wegen anderer chronischer Erkrankungen bei bestehender HIV-Diagnose.

"Um den Bedarfen älter werdender Menschen mit HIV gerecht zu werden, ist Vernetzung dringend notwendig", erklärt Heike Gronski, Referentin für Leben mit HIV bei der Deutschen Aidshilfe. Bereits jetzt gebe es große Lücken in der Versorgung. "Wir müssen daher unverzüglich damit beginnen, die HIV-Fachversorgung, Pflege und Begleitung durch Beratungsstellen enger zusammenzubinden." Denn: "Nur so kann eine diskriminierungsfreie und qualitativ hochwertige Versorgung für diese zunehmend größere Patient*innengruppe sichergestellt werden."

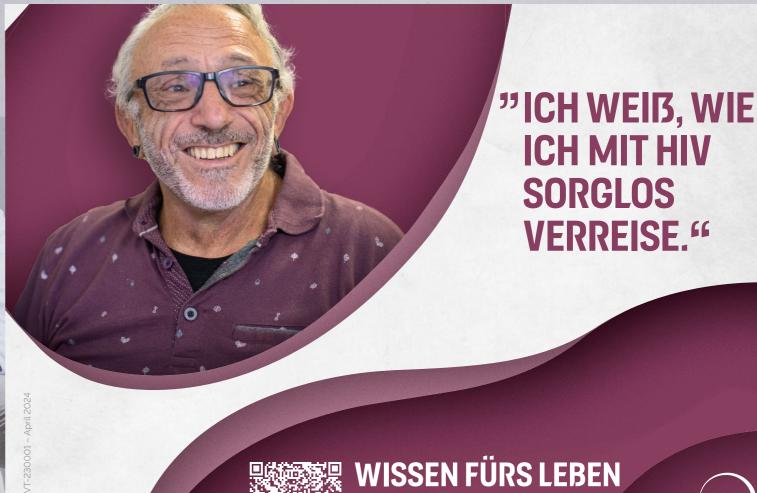
Auch die psychosoziale Betreuung gerät zunehmend unter Druck. Diese stand zwar nicht im Zentrum des Gutachtens, dennoch betonen die Autor*innen deren zentrale Bedeutung für eine umfassende Versorgung.

Empfehlungen: Nachwuchsförderung, Telemedizin, sektorenübergreifende Versorgung

Das Gutachten formuliert einen umfassenden Katalog an Handlungsempfehlungen. Die wichtigsten Punkte sind:

- Nachwuchsförderung: HIV-spezialisierte Medizin soll in Aus- und Weiterbildung besser verankert werden, um junge Ärzt*innen für dieses Fach zu gewinnen.
- Strukturausbau in ländlichen Regionen: Telemedizinische Angebote, Fahrtkostenerstattungen und neue Kooperationsmodelle sollen Versorgungslücken in dünn besiedelten Regionen schließen.
- Stärkere Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung: Gerade bei komplex erkrankten und älteren Patient*innen sind nahtlose Übergänge entscheidend.
- Ausbau der PrEP-Versorgung: Die Präexpositionsprophylaxe zum Schutz vor HIV muss gezielter und inklusiver gestaltet werden, um bislang unterversorgte Gruppen besser zu erreichen.

Text: DAH Bild: Envato Elements (stokkete)







Mach dich schlau - mit der digitalen HIV-Broschüre



Umfassende Aufarbeitung der Aidskrise in Deutschland gefordert

Die Gleichstellungs- und Frauenminister*innen-Konferenz setzt sich einstimmig für die Förderung von Forschung und Erinnerungskultur zur Aids-Geschichte ein.

Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, die Aidskrise in Deutschland aufzuarbeiten und die Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen. Mit einem bemerkenswerten Beschluss forderten die Gleichstellungs- und Frauenminister*innen bzw. -senator*innen der Länder auf ihrer 35. Konferenz Ende Juni in Essen das Kanzleramt und insbesondere die zuständigen Bundesministerien für Gesundheit sowie Bildung und Forschung auf, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Gedenken, Bilden, Forschen

Notwendig sei es, so der einstimmig verabschiedete Beschluss, zum einen, "die Perspektiven der besonders betroffenen Gruppen in den Mittelpunkt zu stellen", und zum anderen, die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf die HIV/Aids-Pandemie bis in die Gegenwart hinein differenziert zu untersuchen – etwa im Bereich der Gesundheitspolitik oder der Medien.

Hierzu sollen Gedenkorte, Ausstellungen und Bildungsinitiativen geschaffen bzw. unterstützt werden, "die die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe wachhalten und deren Geschichte in die öffentliche Bildung integrieren".

Durch eine enge Zusammenarbeit mit historischen Instituten, Forschungseinrichtungen sowie HIV/Aids-Selbstorganisationen und deren eigenen Archiven soll eine differenzierte und respektvolle Aufarbeitung der Aidskrise er-

möglicht und zugleich die Entwicklung sowie die Rolle der Selbsthilfe dokumentiert werden.

Darüber hinaus empfiehlt die Gleichstellungsund Frauenminister*innen-Konferenz (GMFK), für die unabhängige historische Aufarbeitung der Krise eine eigenständige Studie zu initiieren sowie Erinnerungsprojekte zu unterstützen, bei denen auch die unterschiedlichen Entwicklungen in der DDR und der alten Bundesrepublik berücksichtigt werden.

Die Auswirkungen der Aidskrise in den 1980erund 1990er-Jahren seien gravierend gewesen – insbesondere für eine ganze Generation schwuler Männer, die heute zwischen 60 und 80 Jahre alt sind. "Diese Zeit hat – auch über den jeweiligen HIV-Status hinaus – bleibende und teilweise tiefe Spuren im Leben dieser Alterskohorte hinterlassen", so die Begründung.

Mit einer wissenschaftlichen Aufarbeitung könnten zudem wichtige politische und gesellschaftliche Lehren für zukünftige Epidemien und Pandemien gezogen werden – "auch mit Blick auf die Stigmatisierung Erkrankter aus marginalisierten Gruppen".

Tatsächlich überrascht, wie wenig – im Vergleich etwa zu den USA, Großbritannien oder Frankreich – dieses Kapitel jüngerer deutscher Geschichte bisher erforscht oder öffentlich thematisiert wird. Erinnerungsorte oder Archiv- und Ausstellungsprojekte gehen zumeist auf ehrenamtliche Community-Initiativen zurück, wie etwa die Aids-Sammlung im Grimm-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin, das digitale European HIV/AIDS Archive, das vom Aktivisten Michael Jähme initiierte Forschungsprojekt zur Aidsgeschichte



Kölns oder die Initiative "Aids-Geschichte ins Museum". Öffentliche Förderungen sind dabei eher die Ausnahme.

Appell ohne Rechtswirkung

Überraschend ist dies auch deshalb, weil sich in den vergangenen Jahren zunehmend Menschen aus jüngeren Generationen für die Geschichte der Aidskrise interessieren – sei es wissenschaftlich im Kontext der Queer Theory oder als Stoff für Filme ("120 BPM"), Dokumentationen ("Die Uneinsichtigen"), Serien ("It's a Sin"), Theaterstücke ("Das Vermächtnis") und Romane ("Sauhund").

Werden Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, Archive und Interessenverbände also künftig leichter entsprechende Projekte mit staatlicher Unterstützung entwickeln und umsetzen können?

Ein Sprecher der für Vielfalt und Antidiskriminierung zuständigen Senatsverwaltung in Berlin dämpft die Hoffnungen. Wie Hamburg hatte auch Berlin den vom Land Nordrhein-Westfalen initiierten Antrag mitgetragen.

"Der Beschluss entfaltet – wie alle Fachminister*innenkonferenz-Beschlüsse – keine un-

mittelbare Rechtswirkung", so der Sprecher gegenüber der DAH. "Er ist vielmehr als Appell an die Bundesregierung zu verstehen." Die betroffenen Bundesressorts – das Gesundheitsministerium, das Forschungsministerium sowie das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend – werden bei der Gleichstellungs- und Frauenminister*innen-Konferenz im Jahr 2026 im Sinne einer Erfolgskontrolle über die Umsetzung des Beschlusses berichten.

Ob die Bundesregierung angesichts der angespannten Haushaltslage und einer zunehmend rechtskonservativen Agenda dieser Aufforderung tatsächlich nachkommt, bleibt abzuwarten.

Eine mit dem Vorgang betraute Person aus der nordrhein-westfälischen Landesregierung zeigt sich wenig optimistisch. Die Gefahr, dass der Beschluss still und leise zu den Akten gelegt werde, sei groß. Es hindere jedoch weder Forschungseinrichtungen, HIV-Selbsthilfeorganisationen, Bildungsstätten noch Interessenverbände daran, das Thema immer wieder in die öffentliche Debatte zu bringen – und die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in die Pflicht zu nehmen.

Text: DAH
Bild: Johannes Aevermann





for HIV



Anonymer HIV-Schnelltest + Beratung

* Ergebnis in 20 Minuten, letzter Risikokontakt muss 12 Wochen zurückliegen

Mo.: 10 – 13 Uhr & 14 – 16 Uhr Di. & Do.: 14 – 19 Uhr



f @halle.aidshilfe

(a) @aidshilfehalle

Impressum

AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd e.V. Leipziger Straße 32, 06108 Halle (Saale)

Geschäftsführung: Dipl.-Päd. Martin Thiele

Telefon: 0345 - 58 21 271 Fax: 0345 - 58 21 273

Titelbild: Ralf Lorenz Hufmüller

Email Redaktion: red.aktion@halle.aidshilfe.de

Bilder: AHH, sunstroem effect, Ralf Lorenz Hufmüller, Robert Wendtlandt, Envato Elements (stokkete), Johannes Aevermann

Autor_innen: CSD Halle (Saale), Martin Thiele, DAH, Liam

Anzeigelayout: DAH, Marcus Hamel, MW Office Gesellschaft für Marketing und Werbung mbH, Zenithmedia GmbH

Anzeigeleitung: info@halle.aidshilfe.de Magazinlayout: www.marcushamel.com Alle Inhalte dieses Magazins unterliegen dem Urheberrecht. Eine Weiterverwendung, auch auszugsweise, bedarf der schriftlichen Genehmigung durch den Verein. Genehmigungen können jederzeit widerrufen werden. Die Nennung und Abbildung von Personen in diesem Magazin lässt nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf ihren HIV-Status und/oder deren sexuelle Orientierung zu. Abgebildete Personen können Models und nicht die im Beitrag genannten Personen sein.

"red." ist ein ehrenamtliches Projekt der AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V. und finanziert sich durch Anzeigeschaltungen selbst. Spenden sind möglich und steuerabzugsfähig.

Gefördert durch



SACHSEN-ANHALT





